

Gute Nachrichten für Arbeitssuchende

Jobcenter und Kommunen gestärkt

Eine von der christlich-liberalen Regierungskoalition vorangetriebene Grundgesetzänderung verbessert die Grundlage der Betreuung von Langzeitarbeitslosen. Dadurch können sich die Arbeitsagenturen und die Kommunen weiterhin gemeinsam Arbeitssuchender annehmen. Neben den Jobcentern stärkt das Parlament auch die Kommunen: Künftig werden mehr Städte und Landkreise ihre Langzeitarbeitslosen alleinverantwortlich betreuen können.

Die Führung der christlich-liberalen Regierungskoalition einigte sich am Mittwoch mit der Spitze der SPD auf eine Reform der bundesweit mehr als 300 Jobcenter. Teil der Übereinkunft ist eine Ausweitung des Modells der ‚Optionskommune‘. In dieser Form der Arbeitslosenbetreuung handeln die Städte und Landkreise in Eigenregie. Dadurch kann bei der Vermittlung und Betreuung von Langzeitarbeitslosen besser auf regionale Begebenheiten eingegangen werden. Die SPD, deren Zustimmung zur Jobcenter-Reform notwendig ist, da Verfassungsänderungen von zwei Dritteln der Abgeordneten beschlossen werden müssen, spricht sich gegen das Modell der ‚Optionskommune‘ aus. Dennoch konnte die christlich-liberale Bundesregierung durchsetzen, dass die Zahl der Kommunen, die ihre Langzeitarbeitslosen alleinverantwortlich betreuen, von 69 auf 110 steigen kann.

Eine Reform der Jobcenter war notwendig geworden, nachdem das Bundesverfassungsgericht geurteilt hatte, dass die unter Rot-Grün getroffene Regelung zur Unterstützung von Langzeitarbeitslosen gegen das Grundgesetz verstößt. Die Zusammenarbeit von Bund und Kommunen in diesem Bereich stellt laut Karlsruhe eine unzulässige Form der Mischverwaltung dar.

Der unter der Federführung von Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen erarbeitete Entwurf einer Grundgesetzänderung ermöglicht es nun, dass die Vermittlung und Betreuung von Arbeitssuchenden weiterhin aus einer Hand gewährleistet sein wird. Damit

herrscht Klarheit und Sicherheit für die Langzeitarbeitslosen und ihre Familien sowie für die Mitarbeiter in den Jobcentern.

In den Verhandlungen legte die CSU-Landesgruppe hohen Wert auf eine Ausweitung der Spielräume für alle Kommunen. Das bisher auf sechs Jahre begrenzte Modell der ‚Optionskommune‘ wird künftig unbefristet wählbar sein; insgesamt werden künftig 110 Kommunen diesen Weg einschlagen können – das sind 25 Prozent aller Städte und Landkreise in Deutschland. In diesen Fällen können die Kommunen auf örtliche Bedingungen abgestimmte Hilfe leisten, während die Kosten für das ausgezahlte Arbeitslosengeld und die dafür notwendige Verwaltung vom Bund übernommen werden. Die CSU wird sich auch weiterhin dafür einsetzen, dass alle Kommunen – sei es im Regelmodell der Zusammenarbeit, sei es als Optionskommune – ihre Kompetenz vor Ort einbringen können und ausreichend Gestaltungsspielräume haben, um Arbeitssuchende optimal zu betreuen.



*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde,*

das Angebot Lafontaines für eine rot-rot-grüne Koalition nach der NRW-Wahl ist nur als brandgefährlich zu bezeichnen. Lafontaine plant den sozialistischen Bruderkuß in NRW zwischen Linkspartei und SPD. Den geistigen Honecker-Kumpanten Lafontaine und Gysi ist jedes Mittel recht, um aus unserem Land eine andere Republik zu machen.



Der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms der Linkspartei zeigt, welchen abstrusen Ideen die Funktionäre der Linken nachhängen. Lafontaine betreibt in seinem Programm eine unerträgliche Verklärung der DDR-Vergangenheit. Es ist Zeit, dass wir gegen die sozialistischen Tendenzen in Deutschland aufstehen. Wer den Generalstreik propagiert, will den Klassenkampf in Deutschland.

Die Linke steht für sozialistische Gleichmacherei: mehr Umverteilung, weniger Eigenverantwortung. Neben einer Änderung unserer Gesellschaft hin zu einem „demokratischen Sozialismus“ sehen die Pläne der Linkspartei unter anderem auch eine Verstaatlichung der Banken, die 30-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und die Auflösung der NATO vor.

Wir brauchen einen Aufstand der Anständigen gegen die altkommunistischen Klassenkämpfer. Eine Partei, die sich so ein Programm gibt, gehört definitiv vom Verfassungsschutz beobachtet.

Mit freundlichen Grüßen

Alexander Dobrindt MdB

Wirtschafts- und Finanzkrise

Banken müssen für künftige Krisen vorsorgen

Damit systemrelevante Banken künftig nicht mehr allein auf Staatskosten gerettet werden müssen, plant die christlich-liberale Regierungskoalition die Erhebung einer neuen Abgabe für Banken. Geldinstitute sollen entsprechend ihrer Risikostruktur in einen Fonds einzahlen, aus dem in möglichen neuen Krisensituationen Notkredite gewährt werden können.

Die christlich-liberale Bundesregierung zieht weitere Lehren aus der größten Wirtschafts- und Finanzmarktkrise seit Generationen. Nach einem Beschluss der Koalitionsspitzen wird nun ein eigener Fonds eingerichtet, aus dem künftig die Stabilisierung systemrelevanter Banken finanziert werden soll. In der aktuellen Krise hatte der Bund über den Soffin Rekapitalisierungen in Höhe von 28 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, um einen Zusammenbruch des Finanzsystems zu verhindern.

Die neue Bankenabgabe funktioniert im Wesentlichen wie eine Pflichtversicherung: Geldinstitute werden künftig einen jährlichen

Beitrag entrichten müssen, der in einen speziellen Fonds außerhalb des Bundeshaushalts fließen wird. Unter der Verwaltung der Finanz-



marktstabilisierungsanstalt (FMSA), deren Arbeit sich in der aktuellen Krise bewährt hat, wird das Kapital für den Fall zurückgehalten, dass

eine Bank gerettet werden muss, deren Zusammenbruch negative Auswirkungen auf den gesamten Kreditmarkt hätte. Die jährlichen Beiträge werden sich voraussichtlich auf rund eine Milliarde Euro summieren. Die CSU-Landesgruppe hat sich erfolgreich dafür eingesetzt, dass sich die individuelle Beitragshöhe – auch hier folgt die Bankenabgabe nun dem Prinzip einer Versicherung – nach der Risikostruktur der betroffenen Geldinstitute richtet. Damit ist sichergestellt, dass stark international vernetzte und risikobereite Banken einen höheren Beitrag zur Systemstabilisierung zu leisten haben als etwa Sparkassen und Genossenschaftsbanken.

Diese Woche

Gute Nachrichten für Arbeitssuchende Jobcenter und Kommunen gestärkt	1
Wirtschafts- und Finanzkrise Banken müssen für künftige Krisen vorsorgen	2
Runder Tisch zum Kindesmissbrauch Aufarbeitung und Prävention	2
EU-Gipfel Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit	3
Bildung Mehr Gerechtigkeit	4
Verkehr Mehr Mittel	4
Verbraucherschutz Mehr Wettbewerb	4
Wirtschaftspolitik Innovation fördert Beschäftigung	4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Tassilo Wanner
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Runder Tisch zum Kindesmissbrauch

Aufarbeitung und Prävention

Angesichts der aktuellen Enthüllungen über Fälle von Kindesmissbrauch hat die christlich-liberale Bundesregierung entschlossenes Handeln an den Tag gelegt. Das Kabinett setzte einen Runden Tisch ein, der unter der gemeinsamen Führung von drei Ministerinnen Möglichkeiten zur Prävention von sexuellem Missbrauch erörtern wird; außerdem soll sich der Runde Tisch mit der rechtlichen Aufarbeitung der – größtenteils sehr lange – zurückliegenden Fälle befassen.

Das Bundeskabinett beschloss am Mittwoch die Einrichtung eines Runden Tisches, der sich mit der Problematik des sexuellen Kindesmissbrauchs in privaten und öffentlichen Einrichtungen und im familiären Bereich beschäftigen wird. Unter der Federführung der Bundesfamilienministerin wird eine Arbeitsgruppe des Tisches nach Mitteln und Wegen suchen, wie künftig Missbrauch vorgebeugt werden kann. Eine zweite Arbeitsgruppe unter der Leitung der Bundesjustizministerin wird sich mit strafrechtlichen Aspekten des Themas befassen. Dem gesamten Runden Tisch, der am 23. April erstmals tagen wird, sitzt als drittes auch die Bundesbildungsministerin vor. Darüber hinaus benannte das Bundeskabinett die ehemalige Familienministerin Christine Bergmann

als unabhängige Beauftragte für Fragen des Kindesmissbrauchs. Sie ist insbesondere Ansprechpartnerin für Betroffene. Durch die Schaffung dieses Amtes will die christlich-liberale Koalition alle Opfer ermutigen, sich bei der Linderung ihrer seelischen Verletzungen helfen zu lassen. Die Beauftragte wird auch Empfehlungen bezüglich möglicher Unterstützungsleistungen für Betroffene erarbeiten. Um Kinder künftig wirksam vor Übergriffen etwa in Schulen, Gemeinden, Sportvereinen und auch im familiären Umfeld zu schützen, muss eine Kultur des Hinsehens aufgebaut werden. Hierzu leistet die Bundesregierung einen wichtigen Beitrag, indem sie Vertreter aller Institutionen, in denen Kinder in die Verantwortung Erwachsener übergeben werden, an einem Tisch versammelt.

EU-Gipfel

Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit

Anlässlich des Gipfels der europäischen Staats- und Regierungschefs debattierte der Deutsche Bundestag über die Zukunft der Europäischen Union. In der Aussprache wurde deutlich, wie erfolgreich Dr. Angela Merkel Deutschland und Europa durch die Krise führt. Die christlich-liberale Regierungskoalition unterstützt den Kurs der Bundeskanzlerin, das Defizit Griechenlands nicht mit Steuermitteln aus anderen Mitgliedstaaten auszugleichen. Gleichzeitig plant die EU eine neue Strategie zur Erhöhung ihrer Wettbewerbsfähigkeit.

Mit der Wachstumsstrategie ‚Europa 2020‘ reagiert die EU auf die Herausforderungen, die die Wirtschafts- und Finanzkrise mit sich bringt. Das Konzept, auf dessen Eckpunkte sich die Staats- und Regierungschefs in Brüssel einigten, zeigt auf, wie die Europäische Union gestärkt aus der Krise hervorgehen kann. Bundeskanzlerin Dr. Angela Merkel erklärte kurz vor ihrer Abreise nach Brüssel vor dem Deutschen Bundestag, dass sie dazu auf einen gesunden Wettbewerb zwischen den Mitgliedstaaten der Union setze. Gelungene Strukturreformen in einzelnen Ländern könnten Ansporn und Bereicherung für die ganze EU werden. Dies unterstrich der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Dr. Hans-Peter Friedrich: „Wenn wir uns nur auf den kleinsten gemeinsamen Nenner einigen, wäre das zu wenig für Europa. Wenn wir aber alle 27 Länder zu einem gemeinsamen Kurs zwingen, geht Kreativität verloren.

Daher ist der Weg der Vielfalt der Systeme, der Gestaltungsfreiheit und des Gestaltungswettbewerbs für uns alternativlos.“



Die Versuche anderer europäischer Staaten, Deutschland wegen seiner besonders hohen Wettbewerbsfähigkeit anzugreifen, wies Dr. Hans-Peter Friedrich zurück. Noch vor Jahren habe die EU gefordert, Europa müsse zur wettbewerbsfähigsten Region der Welt werden. Deutschland dürfe nicht dafür an den Pranger gestellt werden, dass es diese Ziele erreicht

habe. Vielmehr sei es an der Zeit, europaweit auf Konsolidierungskurs zu gehen und auf eine baldige Wiedererfüllung der Stabilitätskriterien hinzuarbeiten. Hinsichtlich der schweren Haushaltskrise Griechenlands dankte Dr. Hans-Peter Friedrich der Bundeskanzlerin für ihren klaren Kurs: „Griechenland hat über seine Verhältnisse gelebt. Alles, was wir uns an Hilfen überlegen, muss daher Ultima Ratio, das allerletzte Mittel, sein.“ Deutliche Kritik übte der Vorsitzende der CSU-Landesgruppe an den unverantwortlichen Aussagen des PDS-Politikers Gysi, der Sympathie für die Generalstreiks in Griechenland gezeigt hatte. Damit falle Gysi der griechischen Regierung, die den Menschen den Ernst der Lage nahe bringen müsse, in den Rücken. Alle anderen Parteien rief Dr. Hans-Peter Friedrich dazu auf, die vorausschauende Politik der Bundesregierung zu unterstützen.

++ Blick nach links ++ Blick nach links ++ Blick nach links ++ Blick nach links ++

Tollhaus

Im Mai wählt Nordrhein-Westfalen einen neuen Landtag – und die SPD hat für die Zeit danach ganz spezielle Pläne. Entgegen allen öffentlichen Beteuerungen bereiten sich die Sozialdemokraten auf ein Bündnis mit der Linkspartei vor. SPD-Vize Ott und Linken-Vorsitzende Schwabedissen trafen sich kürzlich schon zum Kennenlernen auf einen Kaffee – allen Entgegnungen der Spitzenkandidatin („Die Linkspartei ist zur Zeit nicht regierungsfähig“) zum Trotz. Da bleiben nur zwei Möglichkeiten: Entweder hat Frau Kraft ihre Partei nicht im Griff oder sie bereitet eine gezielte Wählertäuschung vor. Die hessische Geschichte lehrt übrigens, wie solche Unternehmungen enden: Frau Ypsilanti führten ihre geheimen Koalitionsgelüste mit der Linkspartei in die politische Bedeutungslosigkeit.

Glashaus

Inhaltlich hat die SPD derzeit nichts zu bieten und äußert sich daher besonders gerne zu Nebenkriegsschauplätzen wie dem Parteien-Sponsoring. Über die eigenen Finanzpraktiken schweigt die SPD zu Recht: Großunternehmen wie RWE und Nordzucker ließen es sich beispielsweise nicht nehmen, Spitzengossen per Anzeige im Parteiblatt ‚Vorwärts‘ zum Geburtstag zu gratulieren. Ein Schelm, wer denkt, dass hierbei nicht der Glückwunsch, sondern der Anzeigenpreis im Vordergrund stand. Berührungssängste zeigten die Genossen auch nicht bei der gezielten Werbeplatzierung: Die Vereinigte BioEnergie warb etwa mitten in einem Artikel zum Thema „ökologische Wirtschaft“ und die Deutsche BKK beim Thema „Gesundheit“. Wer im Glashaus sitzt, soll nicht mit Steinen werfen!

Irrenhaus

Der künftige Vorsitzende der PDS, Klaus Ernst, lenkt mit besonders innovativen Mitteln von Zweifeln an der Verfassungstreue der SED-Nachfolgepartei ab: Er zeigt mit dem Finger auf andere. So forderte der 2004 aus der SPD ausgeschlossene Ernst in einem Interview, andere im Bundestag vertretene Parteien, so auch die CSU, vom Verfassungsschutz beobachten zu lassen. Die Verfassungstreue der FDP stellte er etwa deshalb in Frage, weil die Menschen Angst vor ihrer Sozialpolitik hätten. Im selben Gespräch setzte sich Ernst für eine Rehabilitation ehemaliger Stasi-Mitarbeiter ein: Jeder Fall sei einzeln zu betrachten, grundsätzlich sei aber nichts gegen hohe PDS-Funktionäre mit Stasi-Vergangenheit einzuwenden. Noch Fragen? Wie kann man Ernst da noch ernst nehmen?

Bildung

Mehr Gerechtigkeit

Gute Nachrichten aus der Bildungspolitik: Das BAföG wird erhöht, Schulabsolventen aus bildungsfernen Schichten studieren häufiger.

Die vergangene Woche von der christlich-liberalen Bundestagsmehrheit auf ein neues Rekordniveau erhöhten Investitionen in Bildung und Forschung schlagen sich in konkreten Erleichterungen für hunderttausende Studentinnen und Studenten nieder: Die Bundesregierung plant eine Anhebung der BAföG-Fördersätze auf bis zu 670 Euro pro Monat. Zusätzlich sollen die Studenten neun Euro zur Finanzierung der erhöhten Krankenkassenbeiträge erhalten.

Unterdessen zeigt eine aktuelle Studie der HIS, dass sich die Schere zwischen bildungsfernen und bildungsnahen Schichten in Sachen Universitätszugang schließt. Die Studierquote von Jugendlichen, deren Eltern keine Universität besucht haben, stieg zwischen 2006 und 2008 überdurchschnittlich stark an. Damit reduzierte sich der Abstand zwischen den Studierquoten von 16 auf 13 Prozent.

Verkehr

Mehr Mittel

Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer stellt zusätzliche Mittel zur Beseitigung von im Winter entstandenen Schlaglöchern bereit.

Jeder Winter hinterlässt auf Deutschlands Straßen Spuren. Doch in den vergangenen Monaten war es besonders schlimm: Während der kalten Monate zu Beginn des Jahres bildeten sich außergewöhnlich viele und tiefe Schlaglöcher. Länder, Kommunen und zahlreiche Straßenbauämter aus der ganzen Bundesrepublik hatten sich daher mit der Bitte um Unterstützung an Bundesverkehrsminister Dr. Peter Ramsauer gewandt.

Diese Hilferufe nahm der Dr. Peter Ramsauer zum Anlass, um schnell und unbürokratisch zu helfen: Er stellte in seinem Haushalt 100 Millionen Euro zusätzlich bereit, um eine rasche Behebung der Straßenschäden zu ermöglichen. Insgesamt stellt die christlich-liberale Regierung somit 1,1 Milliarden Euro zur Beseitigung von Frostschäden auf Bundesstraßen zur Verfügung – „damit wir alle gut in den Sommer fahren können“, so Dr. Peter Ramsauer.

Verbraucherschutz

Mehr Wettbewerb

Der Bundesgerichtshof hat in einem wegweisenden Urteil zur Berechnung des Gaspreises die Interessen der Verbraucher gestärkt.

Deutsche Gasversorger dürfen ihre Preise künftig nicht mehr ausschließlich von der Entwicklung des Ölpreises abhängig machen. Das entschied der Bundesgerichtshof am Mittwoch. Geklagt hatten zwei Kunden aus Nordrhein-Westfalen, die in einer entsprechenden Vertragsklausel eine unangemessene Benachteiligung erkannten. Tatsächlich befanden es die Richter für rechtswidrig, dass die Gaspreise bisher teils unabhängig von der realen Entwicklung der Kosten für die Energieunternehmen steigen.

Bundesverbraucherschutzministerin Ilse Aigner begrüßte das Urteil. Die Entscheidung der Richter, dass der Preis die tatsächliche Leistung der Versorger genauer widerspiegeln muss, fördere „Preistransparenz und Wettbewerb auf dem Gasmarkt“, so Ilse Aigner in einer ersten Reaktion. Experten erwarten, dass das Urteil mittelfristig zu mehr Transparenz und Wettbewerb führen wird.

Wirtschaftspolitik

Innovation fördert Beschäftigung

In einem vertrauensvollen Gespräch am Freitag tauschten sich BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf und die Mitglieder der CSU-Landesgruppe darüber aus, wie die positiven konjunkturellen Signale unterstützt und verstärkt werden können. BDI und CSU setzen auf Innovation und bezahlbare Energiepreise.

Die internationale Wirtschafts- und Finanzkrise hat die exportorientierte Industrie in Deutschland besonders hart getroffen. Nach starken Umsatzeinbrüchen in 2009 steigen die Auftragszahlen der Investitionsgüterhersteller inzwischen wieder an. Der Bund der Deutschen Industrie (BDI) und die CSU-Landesgruppe erwarten für dieses Jahr auch eine deutliche Zunahme des Exportgeschäfts. Im Gespräch Werner Schnappaufs mit den CSU-Bundestagsabgeordneten zeigte sich einmal mehr, wie wichtig es ist, in Krisenzeiten auf das Fundament einer jahrelangen vertrauensvollen Zusammenarbeit zurückgreifen zu können. Die CSU-Landesgruppe kämpft engagiert an

der Seite der Unternehmen, damit sie die Folgen der Krise so schnell wie möglich überwinden können.



BDI-Hauptgeschäftsführer Werner Schnappauf und Dr. Hans-Peter Friedrich

Damit dies gelingt, sind nach gemeinsamer Auffassung des BDI und der CSU-Landesgruppe weitere Investitionen in Deutschlands Stärken notwendig. Daher wird sich die CSU im Rahmen der geplanten

Steuerreform dafür einsetzen, dass rund 1,5 Milliarden Euro für die steuerliche Förderung von Forschung und Entwicklung eingesetzt werden. Denn nur durch Innovationen können Deutschlands Spitzenplätze auf den Weltmärkten verteidigt und ausgebaut werden. Für unsere Unternehmen sowie die Menschen in Deutschland gleichermaßen wichtig sind bezahlbare Energiepreise. Deshalb wird die Bundesregierung ideologiefrei die Vorteile und Entwicklungschancen jedes Energieträgers in den nächsten Jahren sachlich beurteilen und daraus Maßnahmen für Energiemix entwickeln, der Versorgungssicherheit mit vertretbaren Preisen kombiniert.